



Vorwort

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Genossinnen und Genossen, vor Ihnen liegt der neue „Monika Griefahn MdB Newsletter“.

Ich wünsche wiederum eine spannende Lektüre!

Ihre

In dieser Ausgabe

- > Ausschreibung zum 16. SPD-Frauenpreis S. 1
- > 802 Euro für den Onkologischen Arbeitskreis SFA / Sammlung beim ersten SPD-Neujahrsempfang brachte stolzes Ergebnis S. 2
- > Musikschulförderung sollte eine öffentliche Pflichtaufgabe sein S. 2
- > Arbeit – Bildung – Zukunft / Die SPD diskutierte über ihr Grundsatzprogramm in Jesteburg S. 4
- > Deutsche Post schließt zahlreiche Partneragenturen / Hintergrundinformationen S. 4 / 5
- > Monika Griefahn begrüßt Neueinrichtung einer Post-Service-Filiale in Winsen-Rottorf S. 6
- > Monika Griefahn würdigte THW-Einsatz nach der Flutkatastrophe in Südasien S. 6
- > 2. Bürgerpreis für den Landkreis Harburg ausgeschrieben S. 7
- > CDU-Landesregierung ruft Mittel für Agrarstruktur und Küstenschutz in Millionenhöhe nicht ab S. 9
- > Pressevielfalt bleibt gesichert S. 10
- > Schulklasse aus Neu Wulmstorf besuchte Bundestag S. 10
- > Monika Griefahn fordert: Rückschritt in der Kulturpolitik des Landes Niedersachsen verhindern S. 10
- > Aktuelle Termine S. 11
- > Politik im Internet: Aktuelle Link-Tipps S. 11

Start der Ausschreibung zum 16. SPD-Frauenpreis

Zum 16. Mal loben Niedersachsens SPD-Parlamentarierinnen den Frauenpreis ihrer Partei aus. Wie die SPD-Bundestagsabgeordnete Monika Griefahn mitteilt, sollen mit dem „SPD-Frauenpreis“ Frauen zum gesellschaftlichen Engagement ermutigt und die Leistungen von Frauen bzw. Frauengruppen anerkannt werden.

„Bei der Vergabe von Auszeichnungen und Preisen werden Frauen und ihre Leistungen oft übersehen und nur selten gewürdigt“, meint Monika Griefahn.

„Immer wieder gibt es Frauen, die Besonderes leisten. Der SPD-Frauenpreis ist einerseits Anerkennung von engagierter Arbeit auf diesem Gebiet, andererseits Ermutigung zu weiterem Handeln.“

Gemeinsam mit den SPD-Landtagsabgeordneten Brigitte Somfleth aus Seevetal und Silva Seeler aus Buchholz ruft Monika Griefahn deshalb alle Frauen oder Frauengruppen in den Landkreisen Harburg und Soltau-Fallingb. auf, sich um den 16. niedersächsischen

SPD-Frauenpreis, der mit insgesamt 3.000 Euro dotiert ist, zu bewerben. Die Beiträge können in kulturellen, wissenschaftlichen, sozialen, politischen oder anderen gesellschaftlichen Bereichen geleistet worden sein.

Die Vorschläge müssen bis zum 15. April schriftlich beim SPD-Landesverband, Odeonstraße 15/16, 30159 Hannover, eingereicht werden. Darin muss eine Beschreibung des Projektes oder der Tätigkeit sowie biografische Daten über die vorgeschlagene Frau

bzw. Frauengruppe enthalten sein.

Über die Verleihung des SPD-Frauenpreises, die öffentlich sein wird, entscheidet eine Jury aus acht Frauen: einer Journalistin, einer Gewerkschafterin, einer kommunalen Frauenbeauftragten, einer Vertreterin des Landesfrauenrates, einer Landtagsabgeordneten, einer Bundestagsabgeordneten, einer Kommunalpolitikerin sowie der Landesvorsitzenden der Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen (ASF).

802 Euro für den Onkologischen Arbeitskreis SFA

Sammlung beim ersten SPD-Neujahrsempfang brachte stolzes Ergebnis

Zum ersten Mal führten der SPD-Unterbezirk und die SPD-Kreistagsfraktion Soltau-Fallingb. in diesem Jahr einen Neujahrsempfang durch. Viele Gespräche wurden geführt, Informations- und Erfahrungsaustausch standen auf dem Programm wie auch manch privater Plausch und die gut 150 Gäste konnten an einem von den Sozialdemokraten selbst zubereiteten Buffet schlemmen. Anlässlich des Neujahrsempfangs wurde auch um Spenden für den Onkologischen Arbeitskreis gebeten. Dr. Sirius Adari als Vorsitzender informierte über die Arbeit seiner Organisation und machte deutlich, wie hilfreich die Unterstützung in der Öffentlichkeit auch im 20. Jahr des Bestehens ist.

Vertreter der SPD und des Onkologischen Arbeitskreises trafen sich kürzlich zur Übergabe des gesammelten Betrages.

„Über 800 Euro sind ein deutliches Zeichen der Wertschätzung für die Arbeit von Dr. Adari und seinem Team“, erklärte der SPD-Kreisvorsitzende Wilfried Worch-Rohweder.

Auch Dr. Adari zeigte sich erfreut über den Betrag und kündigte an, die Hälfte der Summe für die im Aufbau befindliche Arbeit im Norden des Landkreises vorzusehen.

„Wir sind dabei, in Soltau eine Gruppe aufzubauen und da hilft uns dieser Betrag ganz deutlich, um die Aktivitäten auch dort anzuschieben.“



Dr. Sirius Adari (3. von links) und Waltraud Reimann (rechts) vom Onkologischen Arbeitskreis freuten sich über den Scheck, der ihnen von Wilfried Worch-Rohweder, Hannelore Kaiser und Steffen Ahrens übergeben wurde.

Musikschulförderung sollte eine öffentliche Pflichtaufgabe sein

Monika Griefahn sprach bei Landesverbandstagung der Musikschulen in Soltau

Am 12. März war Monika Griefahn als örtliche Bundestagsabgeordnete wie auch Vorsitzende des Bundestagsausschusses für Kultur und Medien bei der zweitägigen Jahrestagung des Verbandes der Niedersächsischen Musikschulen in Soltau zu Gast. Sie freute sich, dass der Verband im Bereich der neu gegründeten Heidekreis-Musikschule Soltau-Fallingb. tagte. „Es ist eine Musikschule, die noch mit kommunaler Förderung ausgestattet ist. In Zeiten knapper Kassen wird vielfach an der Musik- und Kulturförderung gespart.“ Die SPD-Politikerin machte kein Hehl daraus, dass sie dies für den falschen Weg hält. „Musikschulförderung sollte eine öffentliche Pflichtaufgabe sein. Private Musikschulen müssen sich mehr am

Gewinn orientieren und können nicht alle Instrumente in der Breite anbieten, wie es eine staatliche Schule kann. Wo kann man heute noch Oboe lernen? Fast nur in öffentlich geförderten Musikschulen.“

Sie wünschte sich, es sollte ein Landesmusikschulgesetz geben. „Dann würden Musikschulen in allen Landkreisen gefördert und nicht nur in wenigen.“ Nicht glücklich zeigte sie sich mit der Haltung des Landes Niedersachsen, dass Landkreise, die Bedarfszuweisungen erhielten, sich in einer Zielvereinbarung mit dem Land verpflichten müssten, keine Musikschulen mehr zu fördern. „Warum gibt der Bund kein Geld, werde ich immer wieder gefragt“, erläuterte die Bundestagsabgeordnete.



„Er würde ja gerne, weil wir alle es für eine wichtige Aufgabe halten, aber die Länder bestehen darauf, dass die Kulturhoheit in ihren Händen liegt. Dies rächt sich natürlich, wenn dann die Mittel für die Kulturarbeit vom Land zusammengestrichen werden. Wir können also nur einige Projekte über die Bundeskulturstiftung fördern – ansonsten sind

uns die Hände gebunden. Der Bund hat die Mittel für Soziokultur verdoppelt, doch das kann nicht alles wettmachen, was vom Land gestrichen wird.“ Die eigentliche Arbeit laufe aber vor Ort. Da müsse man auf die Leute zugehen. Sie riet den Musikschulen, sich kommunale Unterstützung und Partner vor Ort zu suchen.

Kinder, die intensiven Musikunterricht haben, sind auch in anderen Schulfächern besser

Auch in Verbindung mit den Ganztagschulen hält Monika Griefahn die Musikschulen für einen sehr wichtigen Partner, um Kindern Musik nahe zu bringen und die Lust am Musizieren zu wecken. Sie erinnerte an die Bastian-Studie, die sehr deutlich gemacht habe, dass Kinder, die in der Schule intensiv Musikunterricht gehabt haben, auch in anderen Fächern besser waren. „Da klappt es dann besser mit Mathematik oder mit dem Lernen von Vokabeln. Musische Bildung fördert erwiesenermaßen die Intelligenz und das Sozialverhalten. Auch das Zusammenspiel ist sehr wichtig, denn dabei lernen Menschen auch die soziale Kompetenz des aufeinander Hörens. Zudem sitzen Kinder heute immer länger vor dem Fernseher oder dem Computer. Sie nehmen dabei nur noch passiv wahr, wodurch die Allgemeinbildung und Persönlichkeitsentfaltung beeinträchtigt werden. Hier brauchen Kinder einen Gegenpol und da halte ich musikalische Bildung für eine geeignete Aufgabe.“

Man brauche auch neue Wege, um Musik zu transportieren. Monika Griefahn sprach das Pro-

jekt „Rhythm is it“ an, über das auch ein Dokumentarfilm gedreht worden ist. Hier arbeiteten die Berliner Philharmoniker unter Simon Rattle mit Kindern zusammen, die noch nie Kontakt mit klassischer Musik gehabt hatten. In einem gemeinsamen Arbeitsprozess schaffte es das Orchester mit den Kindern, Stravinskys „Le Sacre du Printemps“ mit viel Spaß umzusetzen. „Es ist ein wunderschönes Erlebnis gewesen, die Gesichter der Kinder dabei zu sehen, die Ausstrahlung der Begeisterung. Auch durch solche Projekte wird kulturelle Kompetenz vermittelt.“

„Wer Musikschulen schließt, gefährdet die innere Sicherheit“

Musische Bildung sollte auch ein Bestandteil des lebenslangen Lernens ausmachen, stellte sie heraus. Ob also im Kindergarten, der Schule, der beruflichen Ausbildung oder der Erwachsenen-Weiterbildung – heute könne sich keiner mehr auf das einmal Gelernte zurückziehen und denken das reiche für das ganze Leben. Monika Griefahn stimmt dem Innenminister zu, der einmal sagte: Wer Musikschulen schließt, gefährdet die innere Sicherheit. „Wenn man bei der Musikförderung spart, muss man nachher mehr Geld in Sozialisierungsmaßnah-

men und Polizisten investieren, die Kinder von der Straße holen“, hob sie hervor.

Reform der Musiklehrerausbildung ist notwendig

In ihrem Referat forderte die Bundestagsabgeordnete auch eine Reform der Ausbildung für Musiklehrer. „Der Mangel an Musikunterricht ist ein akutes Problem, das aber zum Teil damit zusammenhängt, dass es zu wenig ausgebildete Lehrer gibt. Egal ob Musiklehrer oder Musikschaffender, die Eingangsvoraussetzungen sind quasi gleich. Wir haben die Verpflichtung, dass die Ausbildung der Musiklehrer geändert wird. Wenn man z.B. Kindern etwas pädagogisch vermitteln kann und damit die Freude an der Musik weckt, muss man kein Klaviervirtuose sein, um ein guter Klavierlehrer zu werden.“ Das Musikstudium hält sie für dringend überarbeitungsbedürftig, um mehr Musiklehrer an die Schulen bringen zu können. 40 % der Musiklehrerstellen an den Schulen seien nicht besetzt, weil es keine geeigneten Bewerber gebe. „Wir haben die Situation, dass die Standards der Ausbildung der Musiklehrer in den Ländern unterschiedlich sind. Hier wäre es sinnvoll, gemeinsam zu arbeiten.“ Auch der Musikrat

des Bundes versucht daran zu arbeiten.

„Der Luchs im Harz oder die Musikschulen – gefährdete Arten sind beide“

Abschließend wünschte Monika Griefahn den niedersächsischen Musikschulen viel Erfolg beim Weiterleben der Musikschulen, für die Arbeit vor Ort und für die Motivation der Kinder. „Keiner muss pessimistisch sein und wegen der sinkenden Zahl von Musikschulen verzweifeln. Es gibt viele Möglichkeiten unser Bildungssystem und die Musikschulen als wichtigen Bestandteil darin zu erneuern und zu verbessern. Mit der Gewissheit, dass wir uns auf Bundesebene weiterhin intensiv dafür einsetzen, kann ich versichern, dass ich ganz optimistisch für die Zukunft bin.“

Geert Latz, der Vorsitzende des niedersächsischen Musikschulverbandes dankte Monika Griefahn für ihren kompetenten Vortrag und wunderte sich, wie sie als ehemalige Umweltministerin sich jetzt auf dem Gebiet der Kultur engagiert. „Engagieren kann man sich überall“, entgegnete sie, „ob man sich nun für den Luchs im Harz oder für die Musikschulen einsetzt – gefährdete Arten sind beide.“



Monika Griefahn mit Geert Latz (links), dem Vorsitzenden des niedersächsischen Musikschulverbandes, und Hartwig Wulfes (rechts), Leiter der Heidekreis-Musikschule.

Arbeit – Bildung – Zukunft

Die SPD diskutierte über ihr Grundsatzprogramm in Jesteburg / Vollbeschäftigung und Bildung für alle bleibt das Ziel

90 Mitglieder der SPD im Bezirk Hannover, aus dem Landkreis Harburg und aus Lüneburg konnte der Vorsitzende der SPD im Lkr. Harburg, Klaus-Dieter Feindt, zur Diskussion um das Grundsatzprogramm der SPD begrüßen. Vier Stunden lang diskutierten SPD-Mitglieder am Samstag im Deutschen Haus in Jesteburg über Aussagen für das neue Grundsatzprogramm. Seit die SPD 1989 ihr „Berliner Programm“ im Lichte der Wiedervereinigung verabschiedete, hat sich viel getan. Grund genug für die SPD, nach sechzehn Jahren ihre grundsätzlichen Ziele und ihre Programmatik zu überprüfen. Monika Griefahn, Bundestagsabgeordnete der SPD aus Harburg, der Kreistagsfraktionsvorsitzende Prof. Dr. Jens-Rainer Ahrens und Ingrid Pöhland von der Gewerkschaft Verdi aus Hamburg diskutierten vor einer großen Leinwand mit dem Aufdruck „Freiheit, Gerechtigkeit, Solidarität“ über die Frage der Vollbeschäftigung und die Zeile

eines neuen Bildungssystems in Deutschland und Europa. Zu Beginn skizzierte Stefan Schostok, Mitglied der Programmkommission beim Parteivorstand, die wesentlichen Herausforderungen der Gegenwart: „Die demografische Entwicklung in den kommenden 50 Jahren, die hohe Langzeitarbeitslosigkeit, die noch immer zu geringen Ausgaben für die Bildungspolitik und die ungerechte Verteilung dieser Mittel, dafür muss die SPD eine Lösung finden.“ Monika Griefahn sprach sich dafür aus, das Vollbeschäftigungsziel beizubehalten, aber „menschliche Aktivität für Soziales, Umwelt und für traditionelle Erwerbsarbeit muss gleichrangig betrachtet werden, Arbeit von Menschen ist genauso hoch zu bewerten wie die von Maschinen.“ Prof. Dr. Jens-Rainer Ahrens hob hervor, dass „unser Bildungswesen dem Wandel in Wirtschaft und Gesellschaft hinterherhinkt, kein Bildungssystem innerhalb



der OECD sortiert so stark aus wie unseres.“ Seine Forderung ist der Ausbau des Bildungssystems, in dem Bildung nicht mehr vom Geldbeutel der Eltern abhängig ist. Bestätigt wurde dies auch von einer Teilnehmerin aus Finnland, die die Vorzüge des dortigen Bildungssystems für alle Menschen hervorhob. Ingrid Pöhland (Verdi) schilderte ihre Konzepte für eine stärkere Einbeziehung und die Mitbe-

stimmung von Beschäftigten in ihrem Unternehmen. „Gutes Betriebsklima, gut ausgebildete, ernstgenommene und motivierte Mitarbeiter sind immer wichtiger für den wirtschaftlichen Erfolg von Unternehmen.“ Ein Teilnehmer fasste das Ergebnis der Diskussion so zusammen: „Ausbildung, Bildung, Beschäftigung für alle, das bleibt das Ziel sozialdemokratischer Politik“. Dem konnten sich alle anschließen.

Deutsche Post schließt zahlreiche Partneragenturen

Lkr. Harburg ist besonders betroffen / Politikbeauftragter informierte Gemeindevertreter in Nenndorf / Monika Griefahn fürchtet Vertrauensverlust für die Post

Die Deutsche Post AG restrukturiert ihr Filialsystem. Dies führt zu zahlreichen Schließungen von Partnerfilialen der Deutschen Post AG auch im Lkr. Harburg. Ende letzten Jahres wurde bereits die Partnerfiliale in Winsen-Pattensen geschlossen. Weitere Filialschließungen für Rosengarten-Vahrenndorf, Winsen-Röttorf, Seevetal-Ramelsloh, Marxen, Brackel und Wulfen sind bereits angekündigt (siehe dazu auch die Pressemit-

teilung vom 28. Januar 2005). Aus diesem Grunde hatte jetzt die SPD-Bundestagsabgeordnete Monika Griefahn die hauptamtlichen Bürgermeisterinnen und Bürgermeister zur Erörterung der Problematik eingeladen. Zum Thema „Schließung von Partnerfilialen der Deutschen Post AG im Landkreis Harburg“ informierte Herr Stephan Siekmann, Regionaler Politikbeauftragter Gebiet Hannover der Deutschen Post Retail

GmbH, die Gemeindevertreter jetzt im Rathaus der Samtgemeinde Rosengarten. Zu den vorgesehenen Filialschließungen im Landkreis Harburg erklärte Stephan Siekmann: "Die Deutsche Post AG macht sich fit für den Wettbewerb auf dem Postmarkt. Nach dem Wegfall des Monopols Ende 2007 wird sich die Deutsche Post im vollends freien Markt behaupten müssen. Die Zug um Zug voranschreitende Liberalisierung des Mark-

tes und der zunehmende Wettbewerbsdruck machen die stetige Anpassung der postalischen Strukturen erforderlich. Dazu wird die Deutsche Post AG bis zum Jahresende die Zahl der Filialen von derzeit circa 13.000 um 1.000 auf 12.000 reduzieren. Diese bereits im vergangenen Jahr angekündigten Veränderungen wurden den betroffenen Kommunen größtenteils schon schriftlich mitgeteilt. Ziel des Unternehmens Post ist es

derzeit, auch die Gesamtwirtschaftlichkeit des kostenintensiven Filialnetzes zu verbessern. Die Deutsche Post AG hält sich dabei ohne Wenn und Aber an die gesetzlichen Vorgaben der Post-Universaldienstleistungsverordnung und an die vom Unternehmen abgegebene Freiwillige Selbstverpflichtung, die jeweils Mindeststandards für die Versorgung mit Postdienstleistungen vorsehen. In etlichen von Filialschließungen betroffenen Gebieten wird es als Ersatz den 'Mobilen Post-Service' geben, der die postalische Grundversorgung wie den Versand von Briefen und Paketen oder den Verkauf von

Briefmarken an der Haustür weiterhin sicherstellt. Weite Wege zur nächsten Postfiliale werden daher in den meisten Fällen entbehrlich. Diese ist besonders bedeutsam auch im Hinblick auf unsere nicht so mobilen Kunden." Die anwesenden Bürgermeister und Gemeindevertreter kritisierten die geplanten Filialschließungen und forderten einen Nachweis der Deutschen Post AG, dass sich die betroffenen Filialen nicht wirtschaftlich betreiben ließen. Monika Griefahn kommentiert: „Die Schließung von Postfilialen und Partneragenturen ist gerade in einem ländlich struktu-

riertem Landkreis ein großes Problem. Die Filialschließungen sind aber eine unternehmerische Entscheidung der Deutschen Post AG. Anfang 2008 kommt voraussichtlich das Ende des Postmonopols; der Postmarkt in Deutschland wird dann weitgehend liberalisiert sein. Man kann nicht einerseits wie CDU/CSU und FDP eine schnellere und immer weiter gehende Liberalisierung, Privatisierung und Wettbewerb fordern, andererseits dann beklagen, wenn die Deutsche Post unwirtschaftliche Filialen bzw. Partneragenturen schließt. Ich habe bereits mit dem Beirat der Regulierungsbehörde über die Kriterien

gesprochen, die die ländlichen Gebiete stark benachteiligen. Insgesamt sollen von 1.000 bundesweit zu schließenden Filialen 135 in Niedersachsen geschlossen werden. Und bei Freigabe des Wettbewerbs 2008 können es noch mehr werden. Ich werde mich dafür einsetzen, an jedem von einer Filialschließung bedrohten Standort das Kriterium der ‚zusammenhängend bebauten Wohngebiete‘ nochmals zu überprüfen, weil sonst langfristig die Postversorgung im gesamten ländlichen Raum gefährdet ist.“



Das Foto zeigt (v.l.n.r.): Monika Griefahn MdB, Herrn Stephan Siekmann von der Deutschen Post AG und Rosengartens Bürgermeister Dietmar Stadie.

Hintergrundinformationen: Mindeststandards nach der Post-Universaldienstleistungsverordnung und fragwürdige CDU-Positionen in der Postpolitik

Vor Ort beklagen CDU-Vertreter die Schließung der Partnerfilialen oder fordern sogar die Errichtung neuer Filialen. Auf Bundesebene aber haben gerade erst die CDU-regierten Länder Niedersachsen und Hessen einen neuen Antrag zur weiteren Liberalisierung des Postmarktes eingebracht. Darin wollen sie die Laufzeit der Exklusivlizenz der Deutschen Post, die Ende 2007 ausläuft, um zwei Jahre reduzieren. Ihr Ziel ist die vorzeitige

vollständige Liberalisierung des Briefmarktes. Damit aber entfielen die bisherige Finanzierung eines breiten Filialnetzes, und die Deutsche Post wäre nicht mehr wie heute an eine Mindestzahl von Filialen und Agenturen gebunden. Das bedeutet konkret, dass es damit zu noch weit mehr Schließungen käme als jetzt. Gut 13.000 Standorte betreibt die Post derzeit in Deutschland, davon rund 6.000 eigene Filialen und 7.000 Post-

agenturen. Per Gesetz verpflichtet ist der Konzern nach der Post-Universaldienstleistungsverordnung aber nur zu 12.000 Filialen, wovon 5.000 eigenbetriebene Filialen sein müssen. Die überzähligen defizitären 1.000 Filialen werden derzeit abgebaut. Anstelle der geschlossenen Filialen wird es vielerorts künftig eine postalische Versorgung durch den Mobilen Post-Service (MOPS) geben. Die Verordnung sowie eine Selbstverpflich-

tungserklärung der Deutschen Post stellen unter anderem sicher, dass es bis zum 31. Dezember 2007 in jeder Gemeinde mit mehr als 2.000 Einwohnern mindestens eine stationäre Einrichtung gibt und dass das Filialnetz in jedem Landkreis eine Mindestdichte aufweist (mindestens eine stationäre Einrichtung je Fläche von 80 Quadratkilometern).

Monika Griefahn begrüßt Neueinrichtung einer Post-Service-Filiale in Winsen-Rottorf

Am 28. Februar 2005 fand das Gespräch Monika Griefahns mit dem Postbeauftragten und den Gemeindebürgermeistern statt. Diskussionsgegenstand war die Schließung von Partner-Filialen der Deutschen Post AG im Landkreis Harburg.

Monika Griefahn begrüßt es, dass die Gespräche erste Früchte getragen haben und dass nun Bewegung in die Sache gekommen ist. Die Deutsche Post AG beabsichtigt nun, in Winsen-Rottorf eine neue „Post-Service-Filiale“ einzurichten.

Zwar hält die Deutsche Post AG an der Schließung der dortigen „Partner-Filiale“ fest; gleichwohl können in Zukunft grundlegende Postdienstleistungen in der neu einzurichtenden „Post-Service-Filiale“ abgewickelt werden.

Die Post-Service-Filiale bietet das Basis-Sortiment an Postdienstleistungen, wie z.B. die Annahme von Briefsendungen und Paketsendungen sowie den Verkauf von Briefmarken. Der Eröffnungszeitpunkt der Post-Service-Filiale steht noch nicht fest.

Monika Griefahn würdigte THW-Einsatz nach der Flutkatastrophe in Südasiens

Die SPD-Bundestagsabgeordnete Monika Griefahn war jetzt Gast des THW Stelle-Winsen und hielt anlässlich der THW-Jahresgeschäftsstunde ein Grußwort.

Folgendes Grußwort hielt Monika Griefahn am 3. März 2005 in Stelle:

„Meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Aktive des THW Stelle-Winsen,

Ich freue mich sehr, dass ich heute Gast Ihrer Jahresgeschäftsstunde sein darf.

Der Schutz der Bevölkerung vor Gefahren ist eine der wichtigsten Aufgaben des modernen Staates. Deutschland baut auf ein leistungsfähiges staatliches Gefahrenabwehrsystem, in dem Bund und Länder gemeinsam mit den Hilfsorganisationen und Feuerwehren eng zusammenarbeiten. Mit der Bundesanstalt Technisches Hilfswerk als einer der tragenden Säulen innerhalb dieses Gefahrenabwehrsystems in Deutschland hat der Bund den Ländern und Kommunen einen wertvollen Partner an die Seite gestellt, der als ehrenamtlich getragene Organisation weltweit einmalig ist. Alljährlich präsentiert der THW-Bundesverband

seine Arbeit auch in Berlin am Reichstag. Selbst in Indien interessiert man sich mittlerweile für die Arbeit des THW, der vor allem im Katastrophenfall Aufgaben übernehmen kann, für die das Militär einerseits und die Polizei andererseits nicht ausgerüstet sind. Beim THW leisten bundesweit rund 76.000 Frauen und Männer freiwillig zuverlässige technische Hilfe in Notfällen und bei Katastrophen. Der Zivil- und Katastrophenschutz steht und fällt mit der Bereitschaft der Bürgerinnen und Bürger, ehrenamtlich mitzuwirken. Das Engagement der THW-Helfervereinigungen kann man nicht hoch genug einschätzen. Die gestiegene Bedeutung des Zivil- und Katastrophenschutzes spiegelt sich auch in den Haushaltszahlen wider. Gegenüber 2003 wuchs der Haushalt des Bundes für den Zivilschutz 2004 um rund 16,5 Mio. Euro, von knapp 59 Mio. Euro auf über 75 Mio. Euro. Die Haushaltsmittel für die Bundesanstalt Technisches Hilfswerk sind in den letzten Jahren von rund 97 Mio. Euro im Jahre 1998 auf 126 Mio. Euro im Jahr 2004 gestiegen.

Der Bund tut damit Einiges für das THW. Dies wird auch vor Ort spürbar.

Ende 2003 konnten neun neue Einsatzfahrzeuge im Wert von rund 1,3 Millionen Euro an die THW-Ortsverbände im Länderverband Bremen/Niedersachsen übergeben. Ein Gerätekraftwagen ging an die 1. Bergungsgruppe des THW Ortsverbands Stelle-Winsen. Das THW in Bremen und Niedersachsen hat in den vergangenen Jahren von den zusätzlichen Mitteln erheblich profitiert. So wurden 2001 Fahrzeuge und Ausstattung, wie beispielsweise schwere pneumatische Hebekissen mit einer Hubkraft von 150 Tonnen, Plasmaschneider und Kernbohrgeräte, im Gesamtwert von über einer Million Euro beschafft. Aus dem Hochwasserschutzprogramm, das nach der Flutkatastrophe aufgelegt wurde, sind zusätzlich Hochleistungspumpen, Beleuchtungssätze, Mehrzweckboote und Stromaggregate angeschafft worden.

Aber nicht nur das THW, auch die Feuerwehren in Bremen und Niedersachsen profitieren vom verstärkten Engagement des Bundes. Allein für diese beiden Bundesländer hat der Bund 24 ABC-Erkundungskraftwagen und 45 Krankentransportwagen im Gesamt-

wert von knapp drei Millionen Euro zur Verfügung gestellt. Dies alles ist kein Selbstzweck, sondern Voraussetzung für effektive Hilfe in Katastrophenfällen.

Das THW hilft im Inland, aber auch im Ausland. Beispiele hierfür sind die Einsätze des THW bei der Hochwasserkatastrophe 2002 an Elbe und Donau sowie deren Nebenflüssen einerseits, die Hilfe für Süd-Asien nach der schweren Tsunami-Flutkatastrophe andererseits. Ich möchte nachfolgend einige Schlagzeilen zitieren, die die Arbeit des THW illustrieren:

28.12.2004

Schily entsendet THW-Schnelleinsatzeinheit in die Katastrophenregion

28.12.2004

Schily entsendet THW-Bergungsgruppe nach Thailand und Wasserexperten nach Sri Lanka

29.12.2004

Schily entsendet THW-Erkundungsteam nach Indonesien

30.12.2004

Schily entsendet THW-Wasserexperten auf die Malediven

12.01.2005

Schily dankt den Einsatzkräften von THW und BKA in der Krisenregion – erste Trinkwasserspezialisten kehren nach Deutschland zurück

Sie werden an diesen Schlagzeilen erkannt haben, wie sehr der Bundesinnenminister Otto Schily, die Bundesregierung und die SPD-Bundestagsfraktion die Arbeit des THW schätzen. Der Arbeit des THW gebührt große Anerkennung. Wenn ich richtig informiert bin, haben auch mindestens 5 Aktive des THW-Ortsverbands Stelle-

Winsen bei der Flutkatastrophe Hilfe geleistet: Herr Henning Benecke und Herr Benjamin Zschage kümmerten sich um die Trinkwasser-Aufbereitung auf den Malediven, nachdem dort die Grundversorgung mit Wasser zusammengebrochen war. Ein zweite Gruppe unter anderem mit den Herren Tim Birkefeld, Olaf Bülk und Andreas Funck sowie mit 37

anderen Helfern aus ganz Deutschland wurde auch in der besonders betroffenen indonesischen Provinz Aceh eingesetzt. Die Flutwellen nach dem Seebeben vom 26.12.2004, dessen Epizentrum vor der Küste dieses Bürgerkriegsgebietes lag, richteten dort besonders schwere Schäden an (u.a. Zerstörung von Banda Aceh) und forderten eine sehr hohe Opferzahl (in

Indonesien insgesamt mehr als 200.000 Tote). Wer nicht dabei gewesen ist, kann wohl schwerlich das Ausmaß der Zerstörungen ermessen. Umso wichtiger ist die Katastrophenhilfe des THW, für die ich Ihnen nochmals danken möchte. Für Ihre weitere Arbeit wünsche ich Ihnen viel Erfolg und alles Gute!“



Das Foto zeigt Monika Griefahn MdB mit dem THW-Ortsverbandsvorsitzenden André Sabadszus (links) und mit Herrn Tim Birkefeld (rechts), der in der Flutregion im Einsatz war.

2. Bürgerpreis für den Landkreis Harburg ausgeschrieben

Für mich, für uns, für alle: Einsatz für eine lebendige Gemeinschaft



**BÜRGERPREIS
FÜR DEN
LANDKREIS
HARBURG**

Vor kurzem ist der Startschuss für die lokale Initiative "Bürgerengagement" gefallen. Der Landkreis Harburg nimmt zum zweiten Mal an der bundesweiten Aktion teil, bei der herausragende ehrenamtliche Tätigkeiten mit einem Bürgerpreis gewürdigt werden. Unter dem Motto "Für mich, für uns, für alle" initiierte die Sparkasse Harburg-Buxtehude erneut gemeinsam mit dem Landkreis Harburg sowie den Bundestagsabgeordneten Monika Griefahn und Michael Grosse-Brömer die lokale Aktion "Bürgerengagement". Das Thema in diesem Jahr lautet "Zusammen leben – Nach-

barschaft neu entdecken". Insgesamt sind wieder Preisgelder von 6.000 Euro ausgesetzt. "Nachbarschaft neu entdecken bedeutet auch: Nachbarn helfen Nachbarn – unentgeltlich und ehrenamtlich", erläutert die Bundestagsabgeordnete Monika Griefahn, "Allein erziehende Mütter und Väter passen gegenseitig auf ihre Kinder auf, helfen sich gegenseitig im Alltag und verbessern so die Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Ältere Menschen treffen sich regelmäßig zu gemeinsamen Unternehmungen und unterstützen sich im Alltag. Dies sind nur einige Beispiele dafür, wie sich Nachbarn solidarisch um ihre Mitmenschen und die Gemeinschaft kümmern." Der Bundestagsabgeordnete Michael Grosse-Brömer zur Initiative: "Manche Menschen ken-

nen die Lindenstraße im Fernsehen besser als ihre eigene Nachbarschaft. Und bei vielen Menschen ist es glücklicherweise total umgekehrt. Sie helfen, fördern die Gemeinschaft, halten Kontakte, reden und hören zu – kurzum: Sie bereichern das Leben der Menschen in ihrem direkten Umfeld. Mit der diesjährigen Initiative wollen wir nachbarschaftliches Engagement fördern und dafür öffentlich Anerkennung zollen". Landrat Axel Gedaschko verweist auf die wichtige Bedeutung von nachbarschaftlichem Miteinander auch für eine erfolgreiche Integration der ausländischen Mitbürger. "In Zeiten sich ändernder gesellschaftlicher Rahmenbedingungen verstärken sich die Probleme der Zugewanderten in unserem Land, wodurch die persönliche Unsicherheit wächst und die Existenz-

ängste zunehmen. Häufig ergeben sich Akzeptanzprobleme und Anpassungsschwierigkeiten. Deswegen ist es umso wichtiger, diesen neuen Nachbarn bei der Integration zu helfen. Hierbei kann gerade Bürgerengagement zu einer schnellen und unkomplizierten Integration beitragen." Wer sich zum Thema "Zusammen leben – Nachbarschaft neu entdecken" engagiert, sollte sich um den Bürgerpreis 2005 im Landkreis Harburg bewerben. Vorbildliche Aktivitäten werden mit einem Preis von je 2.000 Euro für Projekte, einzelne Personen und für ein Lebenswerk prämiert. In der "Kategorie" Lebenswerk können Kandidaten nur vorgeschlagen werden. Die Summe stiftet die Sparkasse Harburg-Buxtehude. Deren Vorstandsvorsitzender Heinz Lüers zu dem Projekt:

„Wir unterstützen die Initiative gern, weil freiwilliges Engagement einen entscheidenden Beitrag zur Verbesserung des Lebensumfeldes leistet. Deshalb sollen Projekte und Engagierte mit dem Bürgerpreis ausgezeichnet werden.“ Das diesjährige Thema "Zusammen leben – Nachbarschaft neu entdecken" sei hoch aktuell. „Wir brauchen eine neue Qualität der Nachbarschaft. Der Bürgerpreis soll helfen, die Möglichkeiten, sich nachbarschaftlich zu engagieren, neu zu entdecken und zu leben.“

Heinz Lüers sitzt neben Landrat Axel Gedaschko, den Bundestagsabgeordneten Monika Griefahn und Michael Grosse-Brömer in der Jury, die die eingehenden Bewerbungen anhand fest umrissener Wettbewerbskriterien

prüft. In diesem Jahr ist als rotierendes Mitglied Albert G. Paulisch, Direktor des Amtsgerichtes Winsen (Luhe), vertreten. „Eine wirklich lebendige, friedliche und soziale Gemeinschaft entsteht im Nachbarschaftsbereich mit seinen vielfältigen mitmenschlichen Reibungspunkten dann, wenn die Bürger sich über ihre gesetzlichen Pflichten hinaus für ihre Mitmenschen engagieren und nicht fragen, ob sie dazu überhaupt verpflichtet sind oder was sie dafür bekommen“, so der Amtsdirektor. „Als Leiter einer Behörde, die zum erheblichen Teil mit der Korrektur von Defiziten im gesellschaftlichen Miteinander beschäftigt ist, begrüße ich es außerordentlich, dass durch den Bürgerpreis im Landkreis Harburg 2005 deutlich

gemacht wird, wie wichtig ein aktives Engagement der Bürger ist, das sich an den Bedürfnissen der Nachbarschaftsgemeinschaft orientiert.“ Gruppen oder Einzelpersonen, die sich um den Bürgerpreis 2005 bewerben möchten, erhalten die Bewerbungsunterlagen ab heute in allen Geschäftsstellen der Sparkasse Harburg-Buxtehude, beim Landkreis Harburg, den Städten und Gemeinden sowie im Internet unter www.sparkasse-harburg-buxtehude.de. Der Wettbewerb findet übrigens auch auf Landes- und Bundesebene statt. Lokale Preisträger qualifizieren sich automatisch für den Bundeswettbewerb. Bewerbungsschluss ist der 31. Mai 2005. Am 4. Juli 2005 wird die Jury

dann die Gewinner des Bürgerpreises prämiieren. Für Fragen steht das Projektbüro "Bürgerpreis für den Landkreis Harburg" in der Sparkasse Harburg-Buxtehude, Sand 2, bereit, Telefon: 0 40 – 76 69 18 15.



Das Foto zeigt (v.l.n.r.): Albert G. Paulisch (Direktor des Amtsgerichts Winsen), Michael Grosse-Brömer MdB, Monika Griefahn MdB, Heinz Lüers (Vorstandsvorsitzender der Sparkasse Harburg-Buxtehude) und Landrat Axel Gedaschko.

Anhang: Statement von Monika Griefahn MdB anlässlich der Auftakt-Pressekonferenz „Bürgerpreis Landkreis Harburg 2005“

Ich freue mich sehr, dass auch 2005 wieder ein „Bürgerpreis Landkreis Harburg“ verliehen werden kann. Möglich ist dies nur durch die dankenswerte Unterstützung der Sparkasse Harburg-Buxtehude und die Zusammenarbeit mit dem Landkreis Harburg, mit meinem Bundestagskollegen, Herrn Michael Grosse-Brömer MdB, und dem diesjährigen Jurymitglied Herrn Albert G. Paulisch, Direktor des Amtsgerichtes Winsen (Luhe).

Johann Wolfgang von Goethe hat einmal gesagt: "Wer nichts für andere tut, tut nichts für sich." Positiv gewendet bedeutet dies: Wer sich für andere Menschen und das Gemeinwohl engagiert, hat auch selbst etwas davon. Bürgerschaftliches Engagement zahlt sich aus und macht eine lebenswerte Gesellschaft erst möglich. Wie sieht es aktuell mit dem ehren-

amtlichen Engagement in Deutschland aus?

Das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend hat im Jahr 2004 zum zweiten Mal seit 1999 von einem Meinungsforschungsinstitut eine große Untersuchung durchführen lassen, den so genannten „Freiwilligensurvey 2004“. In einer telefonischen Umfrage wurden rund 15.000 zufällig ausgewählte Bürgerinnen und Bürger ab 14 Jahren nach ihrem freiwilligen Engagement befragt. Dabei zeigte sich, dass sich 70 Prozent der über 14-Jährigen zurzeit über ihre beruflichen und privaten Verpflichtungen und Aktivitäten hinaus in Gruppen, Vereinen, Organisationen und öffentlichen Einrichtungen aktiv beteiligen, das sind vier Prozent mehr als noch 1999. 36 Prozent der Befragten haben zudem ehrenamtlich oder freiwillig be-

stimmte Aufgaben und Arbeiten übernommen. Deutlich verändert hat sich das Engagement älterer Menschen ab 55 Jahren: Sie stellen mit sechs Prozent die größte Wachstumsgruppe bei der Ausübung von freiwilligem Engagement. Die größten Bereiche des Engagements sind Sport, Kindergarten / Schule, Kultur und Religion. Die Engagierten wollen durch ihr Engagement vor allem die Gesellschaft zumindest im Kleinen mitgestalten und mit anderen Menschen zusammenkommen. Die verbesserten Informationen über Möglichkeiten des Engagements sowie Rahmenbedingungen, wie bessere steuerliche Absetzbarkeit der Kosten und die Aufwandsentschädigungen, kommen bei den Engagierten positiv an. Gleichzeitig wünschen sich die Engagierten mehr öffentliche Anerkennung durch

Berichte in Presse und Medien sowie öffentliche Ehrungen. Diesem Ziel dient der „Bürgerpreis Landkreis Harburg“; er soll vorbildliches Verhalten auszeichnen. „Zusammen leben – Nachbarschaft neu entdecken“, so lautet das Thema des Bürgerpreises 2005. Nachbarschaft neu entdecken bedeutet auch: Nachbarn helfen Nachbarn – unentgeltlich und ehrenamtlich. Hierfür gibt es viele gute Beispiele: Allein erziehende Mütter und Väter passen gegenseitig auf ihre Kinder auf, helfen sich gegenseitig im Alltag und verbessern so die Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Ältere Menschen treffen sich regelmäßig zu gemeinsamen Unternehmungen und unterstützen sich im Alltag. Dies sind nur einige Beispiele dafür, wie sich Nachbarn solidarisch um ihre Mitmenschen und die Gemeinschaft kümmern.

CDU-Landesregierung ruft Mittel für Agrarstruktur und Küstenschutz in Millionenhöhe nicht ab

12,5 Millionen Euro sind eine Menge Geld – das findet sicherlich nicht nur die SPD-Bundestagsabgeordnete Monika Griefahn. Umso erschütterter war die Parlamentarierin daher, als jetzt bekannt wurde, dass Niedersachsens Landesregierung im vergangenen Jahr ohne ersichtlichen Grund auf Bundesmittel in dieser Höhe verzichtet hat.

„Die Menschen in Niedersachsen werden wieder einmal von der Landesregierung im Stich gelassen!“ Hintergrund für Monika Griefahns deutliche Worte: Im Haushaltsjahr 2004 wurden aus Hannover nur 85,1 Millionen Euro an Bundesmitteln für die „Gemeinschaftsaufgabe Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ (GAK) abgerufen – bewilligt waren jedoch mehr als 97,6 Millionen.

Gerade ein Flächenland wie Niedersachsen könne es sich nicht leisten, so Monika Griefahn, auf Beträge dieser Größenordnung leichtfertig zu verzichten. „Da drängt sich

mir der Verdacht auf, dass die Landesregierung nicht bereit ist, ihren Anteil für die Menschen in unserem Bundesland zu leisten. Minister Ehlers Bekenntnisse zur Stärkung der ländlichen Räume höre ich immer wieder – doch seine Taten sprechen eine andere Sprache. Statt einer Stärkung sehe ich die Schaffung neuer Wettbewerbsnachteile. Das ist in meinen Augen der Gipfel der Verantwortungslosigkeit!“

Monika Griefahn sieht auch ihre eigene politische Arbeit konterkariert: „Schwerpunktmäßig werden aus der Gemeinschaftsaufgabe "Agrarstruktur und Küstenschutz" Maßnahmen in der Land- und Forstwirtschaft gefördert. Beides hat auch in meinem Wahlkreis, in den Landkreisen Harburg und Soltau-Fallingb., einen hohen Stellenwert. Auch der Küstenschutz und der Hochwasserschutz im Binnenland werden über die GAK gefördert. Das ist für Niedersachsen ebenfalls besonders wichtig.

Gemeinsam mit meinen Kolleginnen und Kollegen aus Niedersachsen setze ich mich ständig dafür ein, dass unser Land die Förderung erhält, die es verdient. Wenn dann wie in diesem Falle die Landesregierung sich den Luxus leiste, auf unsere Hilfe zu verzichten, dann finde ich das offen gestanden schon sehr seltsam.“

Auch die Sozialdemokraten im niedersächsischen Landtag, darunter Dieter Möhrmann, parlamentarischer Geschäftsführer der SPD-Landtagsfraktion, und der SPD-Landtagsabgeordnete Uwe Harden, wollen die Angelegenheit nicht widerspruchslos auf sich beruhen lassen. Uwe Harden hat gemeinsam mit anderen Abgeordneten für die SPD-Landtagsfraktion eine Anfrage zu dem Thema gestellt. Sie möchte wissen, ob es zutrifft, dass von der niedersächsischen Landesregierung auf vom Bund bewilligte, aber nicht abgerufene Mittel verzichtet wurde, und somit einschließlich

der Kofinanzierungsmittel des Landes 20 Millionen Euro zur Stärkung des ländlichen Raumes verloren gegangen sind. Des Weiteren möchte man erfahren, welche Projekte und Maßnahmen dadurch nicht finanziert werden konnten und wie viele Gesamtinvestitionen dem ländlichen Raum verloren gegangen sind, weil dadurch auch auf weitere Drittmittel verzichtet wurde. „Früher hatte SPD-Landwirtschaftsminister Bartels trotz der Finanzknappheit immer noch zusätzliche Mittel zur Verbesserung der Agrarstruktur eingeworben“, erklärten Dieter Möhrmann und Uwe Harden, „doch für die CDU/FDP-Landesregierung scheint der ländliche Raum trotz aller Lippenbekenntnisse keine Priorität zu besitzen.“ Gespannt warten Monika Griefahn, Dieter Möhrmann und Uwe Harden nun auf die Antworten der Landesregierung auf die Anfrage.

Hintergrundinformationen zur GAK:

Seit mehr als dreißig Jahren gibt es die GAK bereits; sie gilt als eines der wichtigsten politischen Förderinstrumente für den ländlichen Raum. Alljährlich verhandeln Vertreter von Bund und Ländern über die Verteilung der Mittel, die zu mehr als 60 Prozent aus dem Bundeshaushalt stammen. Auch bewilligte Bundesgelder können jedoch nur in Anspruch genommen

werden, wenn seitens des Landes eine Mitfinanzierung gesichert ist. Zwar gibt es zwischen den bewilligten Mitteln und den tatsächlich in Anspruch genommenen Geldern in aller Regel geringfügige Differenzen. Mit dem für 2004 zu verzeichnenden Wert von fast 15 Prozent nicht abgerufener Bundesmittel liegt Niedersachsen jedoch einsam an der Spitze aller Bundes-

länder. Rechnet man die entgangenen Bundesmittel und die eingesparte Kofinanzierung zusammen, so ergibt sich ein Fehlbetrag von etwa 20 Millionen Euro.

Eine Übersicht über Fördergrundsätze und einzelne Schwerpunkte der Bund-Länder-Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes (GAK)" findet sich auf der Internetseite des Bundesministeriums für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft (BMVEL):
<http://bmvel.zadi.de/gak/index1a.htm>.

Pressevielfalt bleibt gesichert

Anlässlich der Schlussdebatte des Entwurfes eines Siebten Gesetzes zur Änderung des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen erklärte die zuständige Berichterstatterin der SPD Monika Griefahn, MdB:

Auch mit dem endgültigen Entwurf muss die Pressevielfalt erhalten bleiben. Mit dem nun vorliegenden Entwurf, der am Freitag, den 11. März 2005 im Bundestag zur Schlussabstimmung stehen wird, ist die Koalition zu einem tragfähigen Kompromiss gekommen. Mit diesem Gesetz wird die Verlagswirtschaft durch flexiblere Regelungen einerseits wettbe-

werbsfähiger gemacht, andererseits soll dies jedoch nicht auf Kosten der Pressevielfalt geschehen. Natürlich beinhaltet solche eine Chance auch immer Risiken. Wir haben uns dafür eingesetzt, dass diese so klein wie möglich gehalten werden. Die redaktionelle Selbständigkeit in unserer bunten Presselandschaft ist wichtiger Bestandteil der Meinungsvielfalt und soll erhalten bleiben. Aus diesem Grund ist es zu begrüßen, dass das Redaktions- oder Altverlegermodell aus dem Entwurf gestrichen wurde. Die Regelungen, nach denen Kooperationen möglich werden, beziehen sich nur

auf die wirtschaftlichen Bereiche, unterstehen weiterhin der starken Vorabkontrolle des Bundeskartellamtes und treten zudem nach fünf Jahren außer Kraft.

Ich habe mich persönlich dafür eingesetzt, das Grossosystem im Gesetzesentwurf zu stärken. Nachdem mein Vorschlag in den Entwurf aufgenommen wurde, beziehen sich die Kooperationen des Paragraphs 31 nicht mehr auf den Vertrieb, sondern stattdessen nur auf den Abonnementvertrieb. Damit wird der Einzelvertrieb bewusst ausgeschlossen, da dies Aufgabe des Pressegrossos ist und bleiben soll. Das

Grosso in Deutschland ist ein wertvoller Garant für die Verfügbarkeit und die Vielfalt des Presseangebots für die Bürger, egal ob sie in der Stadt oder auf dem Land wohnen. Das Gesetz in dieser Form entspricht damit auch der gemeinsamen Erklärung von Verlagsverbänden und dem Verband der Grossisten, in der sie sich am 19. August 2004 für das bestehende Grossosystem ausgesprochen haben. Der Kulturausschuss wird die Umsetzung des Gesetzes und der „Gemeinsame Erklärung“ auch weiterhin aufmerksam begleiten.

Schulklasse aus Neu Wulmstorf besuchte Bundestag

Eine Schülergruppe des Neu Wulmstorfer Gymnasiums konnte bei ihrem Besuch in der Bundeshauptstadt Berlin jetzt die Arbeit der deutschen Parlamentarier einmal aus nächster Nähe betrachten. Die Schülerinnen und Schüler konnten einer Sitzung im Plenum beiwohnen und wurden durch den Bundestag geführt. Darüber hinaus waren neugierigen Fragen keine Grenzen gesetzt.

Felix Falk, wissenschaftlicher Mitarbeiter aus dem Bundestagsbüro von Monika Griefahn beantwor-

tete eine Stunde lang die vielen Fragen der interessierten Gymnasiasten.

Diese zeigten vor allem reges Interesse an der alltäglichen Arbeit der Abgeordneten und den Arbeitsabläufen. Monika Griefahn kam beim abschließenden Mittagessen noch zu der Schülergruppe hinzu und sprach mit der Klasse.

Der Blick hinter die Kulissen des deutschen Bundestages bereitete den Schülerinnen und Schülern sowie ihrer Lehrerin sichtlich viel Freude und lieferte Eindrücke, die den



Schulalltag um anschauliche Facetten und Infor-

mationen aus erster Hand erweiterten.

Monika Griefahn fordert: Rückschritt in der Kulturpolitik des Landes Niedersachsen verhindern

In einem aktuellen Antrag fordert die Regierungraktion CDU / FDP im niedersächsischen Landtag, die Landesarbeitsgemeinschaft Soziokultur (LAGS) abzuwickeln. Die Landesregierung wird gebeten, der LAGS Ende des Jahres sowohl den Auf-

trag zur Förderung soziokultureller Projekte und Einrichtungen als auch deren Fortbildungsaufgabe zu entziehen und diese Funktionen teils auf staatsnahe Träger, zum größten Teil aber wieder in der Ministerium für

Wissenschaft und Kultur zurück zu verlagern.

Die SPD-Bundestagsabgeordnete Monika Griefahn, Vorsitzende des Bundesausschusses für Kultur und Medien, fordert ebenso wie der Deutsche Kulturrat und die Kulturpolitische Gesellschaft

e.V.: „Diese bewährte Kulturförderung muss erhalten bleiben. Sie ist erfolgreich und bundesweit anerkannt und hat in den letzten 15 Jahren bewiesen, wie gut eine nicht-staatliche Fördereinrichtung intelligente und reflektierte Förderpolitik im

Kulturbereich betreiben kann.“

Bislang wurden in Niedersachsen die Mittel zur Förderung der Soziokultur und der Kunstschulen staatsfern über die jeweiligen Landesverbände der Soziokulturellen Zentren bzw. der Kunstschulen vergeben. Die Regierungsfraktion möchte in ihrem Antrag zur „Neuordnung der Kulturförderung“ von einer staatsfernen zu einer staatlichen Mittelvergabe kommen. Das hieße, dass bei Projekten, deren Förderbetrag die Summe von 10.000 Euro übersteigt, wieder das Minis-

terium für Wissenschaft und Kultur die Förderentscheidung treffen würde. Diese Forderung mache keinen Sinn, stellt Monika Griefahn fest, denn sie widerspreche den eigenen politischen Grundaussagen der CDU, die Grundsätze der Staatsferne gerade für den Kulturbereich propagiere. Bürokratie sollte abgebaut und die Verwaltung entschlackt werden. „Durch eine solche Neuordnung würde genau das Gegenteil erreicht werden“, befürchtet Monika Griefahn. Das Prinzip der staatsfernen Kultur-

förderung durch zivilrechtliche Organisationen sei mittlerweile in fast allen westlichen Staaten üblich. „Und hier will Niedersachsen offensichtlich ausscheren“, bemängelte die Abgeordnete. „Trägervielfalt und Selbstorganisation sind Garant einer freien Kulturförderung. So ist es gelungen, in hohem Maße bürgerschaftliches Engagement zu aktivieren. Die jetzt bestehende Förderinstanz hat nachweislich gute Arbeit geleistet, deswegen denke ich, dass es unklug ist, hier Aufgaben und Mittel zu entziehen.“ Sie

teilt die Befürchtungen des Deutschen Kulturrates sowie der Kulturpolitischen Gesellschaft e.V., dass hier dirigistisch eingegriffen werden soll und bewährte Förderinstanzen durch bürokratische Strukturen ersetzt werden sollen. „Diesen Rückschritt in der Kulturpolitik des Landes Niedersachsen darf es nicht geben, damit solche Auswirkungen, wie wir sie schon bei der Auflösung der Landeszentrale für politische Bildung hatten, verhindert werden.“

Aktuelle Termine

Datum	Zeit	Thema	Ort
31.3.	10:00	Informationsgespräch auf Einladung des Heide-Parks Soltau	Heide-Park Soltau
31.3.	12:15	Informationsgespräch und Übergabe der Step 21-Box	in der Felix-Nußbaum-Schule Walsrode
31.3.	13:00	Informationsveranstaltung des Bauunternehmens W. Rübke mit Monika Griefahn als Gast	Walsrode
31.3.	14:00	Gespräch mit der Kreisverwaltung Soltau-Fallingbostal über die Umsetzung des Optionsmodells Hartz IV	Bad Fallingbostal
2.4.	10:30	Unterbezirksparteitag SPD UB Lkr. Harburg mit Neuwahl des Vorstands und Referat Michael Vassiliadis (IG BCE) zur SPD-Programmdebatte	Marschachter Hof, Elbmarsch
9.4.	11:00	Teilnahme an der Einweihung des Bürgerbüros von Lars Klingbeil, MdB	Soltau
23.4.	10:00 – 16:00	Klausur neu gewählter UBV UB Lkr. Harburg	Haus Deutscher Ring, Jesteburg

Politik im Internet: Aktuelle Link-Tipps

Wenn Sie auf die Links klicken, werden die Internetseiten bei bestehender Internetverbindung direkt in Ihrem Browser geöffnet!

Internetadresse	Erläuterung
www.monika-griefahn.de	Internetseite von Monika Griefahn MdB, Tipp: In der Rubrik „Service“ finden sich unter „Linkliste“ rund 1.000 Links, darunter auch 500 Links von Anbietern aus den Landkreisen Harburg und Soltau-Fallingbostal
www.spd.de	Internetangebot der Bundes-SPD
www.spd-niedersachsen.de	Internetangebot der Landes-SPD
www.spdfraktion.de	Internetangebot der SPD-Bundestagsfraktion mit den aktuellen Topthemen Zeit für Innovationen, Ausbildungsumlage, Bekämpfung der Schwarzarbeit, Jugendliche vor Alcopops schützen, EU-Erweiterung und Agenda 2010
www.spd-landesgruppe-niedersachsen.de	Die SPD-Landesgruppe: die Internetseite der 31 niedersächsischen SPD-Bundestagsabgeordneten in der SPD-Bundestagsfraktion
www.arbeitsmarktreform.spd.de	Informationen zu Hartz IV und zu den Arbeitsmarktreformen von der SPD

Deutscher Bundestag

Mitarbeiter: Dirk Beusch, Renate Mantzke
 Platz der Republik, 11011 Berlin
 Bürogebäude: Paul-Löbe-Haus
 Tel: (030) 227-72425 / 26
 Fax: (030) 227-70125
 Email: monika.griefahn@bundestag.de

Bürgerbüro Lkr. Harburg

Mitarbeiter: Matthias Westermann
 Brauhofstraße 1,
 21423 Winsen/Luhe
 Tel: (04171) 780171
 Fax: (04171) 780172
 Email: monika.griefahn@wk.bundestag.de

Büro Lkr. Soltau-Fallingbostal

Mitarbeiterin: Gunda Ströbele
 Uppen Drohm 19,
 29643 Neuenkirchen
 Tel: (05195) 5050
 Fax: (05195) 5052
 Email: sfa@monika-griefahn.de